

GRUNDLAGEN POLITISCHE WISSENSCHAFT

Hans-Jürgen Bieling, Peter Massing, Kerstin Pohl,
Stefan Schieren, Johannes Varwick (Hrsg.)

Kursbuch Politikwissenschaft

Einführung • Orientierung • Trends



**WOCHEN
SCHAU**
STUDIUM

Copyright Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Hans-Jürgen Bieling, Peter Massing, Kerstin Pohl,
Stefan Schieren, Johannes Varwick (Hrsg.)

Kursbuch Politikwissenschaft

Einführung • Orientierung • Trends

Kursbuch Politikwissenschaft

Einführung • Orientierung • Trends

Herausgegeben von
Hans-Jürgen Bieling, Peter Massing, Kerstin Pohl,
Stefan Schieren und Johannes Varwick



**WOCHEN
SCHAU**
STUDIUM

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2015

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelgestaltung: Ohl Design
Gedruckt auf chlorfreiem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-204-3 (E-Book); ISBN 978-3-7344-0047-6 (Print)

Copyright Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

INHALT

Einleitung: Das „Kursbuch Politikwissenschaft“	7
1. Die Bedeutung der Politikwissenschaft für die politische Bildung – eine Einführung von <i>Peter Massing</i>	9
2. Politische Theorie – Ausdifferenzierungen eines politikwissenschaftlichen Teilgebietes von <i>Hubertus Buchstein</i>	27
3. Das politische System Deutschlands von <i>Sabine Kropp</i>	47
4. Die Entwicklung der Vergleichenden Politikwissenschaft in Deutschland von <i>Hans-Joachim Lauth, Christoph Mohamad-Klotzbach</i> ...	65
5. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen – Entwicklungslinien und Schwerpunkte von <i>Christian Stock, Johannes Varwick, Jana Windwehr</i> ...	85
6. Europa und die Europäische Union von <i>Stefan Schieren</i>	105
7. Internationale Politische Ökonomie (IPÖ): Interdisziplin und Integrationswissenschaft von <i>Hans-Jürgen Bieling</i>	127
8. Methoden der Politikwissenschaft von <i>Thorsten Faas, Sven Vollnhals</i>	145
9. Politikdidaktik – eine interdisziplinäre Sozialwissenschaft von <i>Kerstin Pohl</i>	165
Abstracts	185
Autorinnen und Autoren	191

EINLEITUNG:

DAS „KURSBUCH POLITIKWISSENSCHAFT“

Ziel des „Kursbuch Politikwissenschaft“ ist es, für die Leserinnen und Leser einen Einblick in und einen Überblick über die zentralen Themen und Fragestellungen der wichtigsten Teilgebiete der Politikwissenschaft zu geben. Es soll aufzeigen, wie sich die Gegenstände dieser Teildisziplinen verändert haben, welche Themenkonjunkturen sich erkennen lassen, welche Kontinuitäten und Brüche festgestellt werden können und wie diese mit gesellschaftlichen und/oder politischen Ereignissen zusammenhängen. Darüber hinaus soll erörtert werden, ob sich die Perspektiven auf den Gegenstand der Politikwissenschaft verändert haben, welche Methoden im Laufe der Entwicklung im Zentrum standen, wie sich Politikwissenschaft als interdisziplinäre oder gar transdisziplinäre Wissenschaft darstellt und welche Nachbardisziplinen dabei eine Rolle spielen. Es geht also um einen Entwicklungsbericht und eine Standortbestimmung der Politikwissenschaft.

Der Band bietet Lehrenden und Lernenden in Schule, Hochschule und außerschulischer Bildung eine sowohl differenzierte wie auch verständliche Einführung in die Politikwissenschaft. Er ermöglicht erfahrenen Praktikerinnen und Praktikern, deren Studium schon eine Weile zurückliegt, die Auffrischung und Aktualisierung ihrer politikwissenschaftlichen Kenntnisse. Darüber hinaus ist er für alle nutzbar, die sich über den aktuellen Stand des etablierten akademischen Faches Politikwissenschaft orientieren möchten.

Das „Kursbuch Politikwissenschaft“ unternimmt diesen Versuch in

insgesamt neun Beiträgen, die jeweils auch eine geschlossene Einführung in ein bestimmtes Themenfeld bieten. In seinem einleitenden Beitrag skizziert *Peter Massing* das Verhältnis von Politikwissenschaft und politischer Bildung. Orientiert an den klassischen Teilgebieten der Politikwissenschaft behandeln *Hubertus Buchstein* den Bereich „Politische Theorie“, *Sabine Kropp* den Bereich „Politisches System Deutschlands“, *Hans-Joachim Lauth* und *Christoph Mohamad-Klotzbach* den Bereich „Vergleichende Regierungslehre“ und *Christian Stock*, *Johannes Varwick* und *Jana Windwehr* den Bereich „Internationale Beziehungen“. Dem Umstand, dass die Politikwissenschaft sich in den vergangenen Jahren weiter ausdifferenziert hat, tragen die weiteren Beiträge des Heftes Rechnung: *Stefan Schieren* stellt das Teilgebiet „Europa und Europäische Integration“ und *Hans-Jürgen Bieling* den Bereich „Internationale Politische Ökonomie“ vor. Der Beitrag von *Thorsten Faas* und *Sven Vollnhals* zu den „Methoden der Politikwissenschaft“ spiegelt wider, dass die empirische Forschung an Bedeutung gewonnen hat. Der letzte Beitrag zu den Teilgebieten der Politikwissenschaft von *Kerstin Pohl* widmet sich der „Politikdidaktik“.

*Hans Jürgen Bieling, Kerstin Pohl, Peter Massing,
Stefan Schieren und Johannes Varwick*

Peter Massing

DIE BEDEUTUNG DER POLITIKWISSENSCHAFT FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG – EINE EINFÜHRUNG

„Die Politische Wissenschaft ist die Leitwissenschaft der politischen Bildung“. Dies konnte Wolfgang Mickel in dem von ihm mit herausgegebenen „Handbuch zur politischen Bildung“ (Mickel/Zitzlaff 1988, 519) 1988 noch weitgehend unwidersprochen schreiben. Heute ist die Frage, ob die Politikwissenschaft die Leitwissenschaft ist oder auch nur im Ensemble der Bezugswissenschaften eine hervorgehobene Stellung einnimmt, strittig. Tatsächlich war das Verhältnis von Politikwissenschaft und politischer Bildung nie unproblematisch. Die Beziehung zwischen beiden war mal enger, mal weniger eng. Sie reichte von dem Diktum einer „natürlichen Ehe“ (Hartwich 1987, 87) bis zur Behauptung „die Ehe sei geschieden“ (ebd.). Solch eindeutige Diagnosen werden jedoch der Beziehung nicht gerecht, die sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung erheblich differenzierter zeigt. Im Folgenden soll diese Entwicklung skizziert werden, um dann die aktuelle Bedeutung der Politikwissenschaft für die politische Bildung und die Politikdidaktik zu diskutieren.

1. POLITIKWISSENSCHAFT ALS POLITISCHE BILDUNG

Die Neugründung der Politikwissenschaft als eigenständiges Lehr- und Forschungsgebiet und die Errichtung der ersten politikwissenschaftlichen Lehrstühle an den westdeutschen Universitäten nach der Neuordnung der Länder 1946 bis 1948 erfolgte im Rahmen der

re-education vor allem aus pädagogischen Impulsen. Die Gründungskonferenz der Politikwissenschaft fand auf Initiative der amerikanischen Militärbehörde im September 1949 im südhessischen Waldleiningen statt. Sie trug den Titel „Einführung der politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen“. Der hessische Kultusminister Stein begründete in seiner Eröffnungsrede die Erweiterung des Universitätsstudiums auf dem Gebiet der sozialen und politischen Wissenschaften mit der Bedeutung der politischen Erziehung (Bleek 2001, 266 ff.; Mohr 1988, 99). Am Ende standen Entschlüsse, in denen die Länder aufgefordert wurden, Lehrstühle für „politische Wissenschaften“ einzurichten, und zwar besonders der „Weltpolitik“, der politischen Soziologie, der vergleichenden Staatskunde, der auf die Gegenwart bezogenen Universalgeschichte und der politischen Theorie (Waldleiningen 1949). Gleichzeitig sollte jedem Studierenden, gleichgültig welcher Fachrichtung, zur Pflicht gemacht werden, Veranstaltungen im Fach „Politik“ zu belegen. Gegen dieses neue Fach und seinen amerikanischen Ursprung gab es jedoch insbesondere von Seiten der Universitätsdirektoren Widerstand, sodass die Anhänger der Politikwissenschaft sich schon wenig später, im März 1950, gezwungen sahen, erneut zusammenzukommen, um die Existenzberechtigung eines selbstständigen Faches Politik gegenüber zunehmenden Bedenken und Vorurteilen zu verteidigen. Sie betonten die Notwendigkeit der „politischen Selbsterziehung des deutschen Volkes“, zu der die „Wissenschaft von der Politik“ eine unabdingbare Voraussetzung sei (Mohr 1988, 113).

Einen ersten Durchbruch für die Etablierung der Politikwissenschaft als Universitätsdisziplin brachte jedoch erst die Nachfolgekonferenz von Waldleiningen am 15. und 16. Juli 1950 in Königstein. Hier ging es um die Lehr- und Forschungsaufgaben wie um den Gegenstand der „Wissenschaft von der Politik“. Die Königsteiner Konferenz spiegelte den mittlerweile in engagierten Kreisen erreichten Konsens über die Existenzberechtigung der Disziplin wider. Wegen der unverändert erheblichen Vorbehalte gegen die „Wissenschaft von der Politik“ war politischer Druck wie der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15. Juni 1950 nötig, um die Disziplin an den Universitäten zu etablieren. In ihren vorläufigen Grundsätzen zur politischen Bildung

als Unterrichtsprinzip an Schulen und Hochschulen empfahlen die Kultusminister, politische Bildung als Unterrichtsprinzip aller Schulen und Fächer sowie als besonderes Unterrichtsfach vorzusehen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Lehrpersonen gefordert sowie die Errichtung von Lehrstühlen und Dozenturen oder die Erteilung von Lehraufträgen für Politik und Sozialwissenschaft an Hochschulen aller Art vorgeschlagen. „Die Errichtung planmäßiger Lehrstühle für Politik an den deutschen Hochschulen ist dringend erwünscht“ (KMK 1950). Die Kulturministerkonferenz ging davon aus, dass die neue Disziplin vor allem die Lehrerbildung für den politischen Unterricht übernehmen sollte und entsprach damit auch den Forderungen der Begründer dieses Faches wie z. B. Arnold Bergstraesser, der sich intensiv dafür eingesetzt hatte, indem er immer wieder betonte, dass eine gründliche Ausbildung der Lehrer für den politischen Unterricht nur dann sinnvoll erfolgen könne, wenn das Fach an den Hochschulen ausreichend vertreten sei. Voraussetzung dafür sei die Stärkung der Autonomie der Politikwissenschaft an den Universitäten (Mohr 1987, 81 ff.). Dennoch ging die Einführung des neuen Faches an den Universitäten nur schleppend voran.

„Viele Fakultäten sahen in der Installierung der neuen Disziplin einen massiven Eingriff in ihren traditionellen Besitzstand: Hier trat ein Fach in den Kanon der wissenschaftlichen Disziplinen ein, das sich in seinen Themenstellungen mit den Rechtswissenschaften, der Geschichte, der Soziologie, partiell auch mit der Volkswirtschaftslehre und der Philosophie berührte und überschchnitt und das nicht einmal eine eigene, ihm spezifische Methode vorzuweisen hatte. Alle Fragen und Probleme, die möglicher Gegenstand der Politischen Wissenschaft sein könnten, so wurde von Seiten der alten Fakultäten eingewendet, würden bereits von den genannten Disziplinen behandelt“ (Münkler 1985, 10).

Es bedurfte weiteren politischen Drucks und eines weiteren Anstoßes von außen, um die Etablierung der Politikwissenschaft zu beschleunigen. Auch dieser war wieder eher politisch-pädagogischer Natur. Als Konsequenz aus einer Reihe von antisemitischen Hakenkreuzschmierereien und Schändungen jüdischer Friedhöfe 1959/60, die zum Teil auf ein Versagen der politischen Bildung zurückgeführt wurden, beschloss die Kultusministerkonferenz am 12. Februar 1960:

„Die Kulturminister werden dahin wirken, dass die Einrichtung weiterer Lehrstühle für politische Wissenschaften nachhaltig betrieben wird. An allen Hochschulen und Instituten, an denen Lehrer ausgebildet werden, sind auch für die Didaktik der politischen Wissenschaften und Geschichte Lehrstühle oder Lehraufträge vorzunehmen. In der Ausbildungszeit zwischen der 1. und 2. Prüfung muss jeder Lehrer in die Methodik der Gemeinschaftskunde (als Prinzip und als Fach) eingeführt werden. Jeder Lehrer muss in dieser Ausbildungszeit die Beziehungen seines besonderen Fachgebietes zur Zeitgeschichte und zur Gemeinschaftskunde erkennen und herstellen lernen. Alle Bemühungen der Lehrerfortbildung um die politische Bildung müssen gefördert werden“ (Kuhn/Massing/Skuhr 2003, 231 ff.).

Von da an fühlte sich die Politikwissenschaft mit der Lehrerbildung in Sozialkunde bzw. Gemeinschaftskunde beauftragt. Dies half der Politikwissenschaft sich als Universitätsdisziplin durchzusetzen und veranlasste einige Politikwissenschaftler wie z.B. Kurt Sontheimer, ein Monopol für die Politikwissenschaft zu beanspruchen, wenn er feststellte: „Die neue Idee der Gemeinschaftskunde als eines fächerübergreifenden Faches ist im Prinzip identisch mit der Idee der Politischen Wissenschaft“ (Sontheimer 1963, 171). Tatsächlich hatten die Gründungsväter der Politikwissenschaft wie Ernst Fraenkel und Arnold Bergstraesser den zentralen Ansatz der Politikwissenschaft und das für sie typische Analyseverfahren als „Zusammenschau“ formuliert. Für Ernst Fraenkel war die Politikwissenschaft eine „Integrationswissenschaft“, für Bergstraesser eine „synoptische Disziplin“. Ein solches Verständnis von Politikwissenschaft schien für die Aufgabe der Lehrerbildung und der politischen Bildung besonders geeignet. „Staatsbürgerliche Mündigkeit und Urteilsfähigkeit setzte – zunächst beim Lehrer und dem ‚Mittler‘ politischer Bildung im außerschulischen Bereich – ein ‚Netz politischer Vorstellungen und Zuordnungsmöglichkeiten‘ voraus. Genau dieses hatte die Politikwissenschaft jener Tage zu bieten. Darum bemühte sie sich. Dies verdeutlichten diese Lehrstuhlinhaber auch selbst im Rahmen der Lehrerweiterbildung“ (Hartwich 1989, 10).

Auch inhaltlich wies die Politikwissenschaft der damaligen Zeit von ihrem Selbstverständnis als Demokratiewissenschaft her eine

große Nähe zur politischen Bildung und zur Lehrerausbildung in dem entsprechenden Fach auf. Ihr Leitmotiv sah die Politikwissenschaft in der Vermittlung demokratischen Grundwissens, in der Werbung für die liberale, repräsentative Demokratie und in der Auseinandersetzung mit noch vorhandenem faschistischem Bewusstsein sowie in der Abwehr des Totalitarismus kommunistischer Prägung. Zusammenfassend ergaben sich die Problemstellungen der westdeutschen Politikwissenschaft nach dem Kriege zum einen aus der kritischen Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus in seinen verschiedensten Ausprägungen, zum anderen aus dem Versuch, über die Formulierung von Grundprinzipien einer liberal-pluralistischen und repräsentativen Demokratie ein positives Gegenmodell zu entwickeln, mit dem Ziel, über die Vermittlung demokratischen Wissens einen Beitrag zur Erziehung zur Demokratie zu leisten (Mohr 1988).

Die Politikwissenschaft interessierte sich zwar überwiegend für normative Fragen, ihr Demokratiemodell und ihre Anforderungen an die Bürgerinnen und Bürger waren jedoch durchaus realistisch. Die Voraussetzungen und die Funktionsbedingungen der Demokratie waren differenziert ausgearbeitet. Auch führte die normative Orientierung der Politikwissenschaft keineswegs dazu, dass die soziale und politische Realität mit dem Verfassungsideal in eins gesetzt wurde und die Disziplin überwiegend affirmative oder bloß legitimatorische Funktion wahrnahm. Im Gegenteil, gerade das Modell der pluralistischen Demokratie, das in der Politikwissenschaft eine wichtige Rolle spielte, wurde von seinen Vertretern wie Ernst Fraenkel vor allem kritisch verstanden. Es sollte sowohl der herausfordernden Interpretation der bundesrepublikanischen Ordnung als auch der Formulierung von Fragestellungen zur Analyse der Verfassungswirklichkeit dienen. So wies Ernst Fraenkel immer wieder kritisch auf die Diskrepanz zwischen Norm und gesellschaftlicher Realität hin. Vor allem die im Pluralismus positive Bewertung von Interessen und Konflikten, von Interessenorganisationen und Interessenwahrnehmung richtete sich theoretisch gegen den Einfluss der „traditionellen deutschen Staatstheorie“ und praktisch gegen die vorherrschende politische Kultur in Westdeutschland mit ihren umfassenden Konsens-, Harmonisierungs- und Homogenitätsvorstellungen. Insgesamt sah sich die

Politikwissenschaft als eine Herausforderung an den Status quo der deutschen Nachkriegsgesellschaft und als ihr kritisches Korrelat. In dieser Funktion verstand sich die Politikwissenschaft der Anfangsjahre in doppelter Hinsicht auch als politische Bildung. Zum einen wollte die Politikwissenschaft die akademischen Eliten über die Werte und Prozesse der westlichen Demokratie aufklären und sie zu Demokraten erziehen (Bleek 2001, 305f.), zum anderen wollte sie aber auch, vermittelt über die universitäre Ausbildung der entsprechenden Lehrerinnen und Lehrer, Jugendliche sowie die Normalbürgerin, den Normalbürger „politisch bilden“. Zwar war eine so ausgerichtete Politikwissenschaft keineswegs unumstritten, dennoch hatten die Vertreter, die die Bildungsfunktion der Politikwissenschaft betonten, eine durchaus starke Position. Als exemplarisch kann hier Ernst Fraenkel gelten, der diese Position geradezu emphatisch vertrat. In einer vom Rundfunk übertragenen Gesprächsrunde im Jahr 1965 sagte er:

„Ich gehe aber noch einen Schritt weiter, und das ist schließlich die Tatsache, dass eine Politikwissenschaft, die sich nicht darum kümmert, wie das Erziehungssystem einer Nation ist, dass die meines Erachtens einpacken kann.“

Es müsse der Politikwissenschaft um die Prägung des Bewusstseins derjenigen Menschen gehen, die in den Staat hineinwachsen.

„Die hineinwachsen, diejenigen also – sagen wir es einmal ganz deutlich –, die Gemeinschaftskunde lehren und die Gemeinschaftskunde lernen. Und dieses System ist derartig kompliziert, in dem wir leben, dass – wenn wir denjenigen, die die Jugend in einen demokratischen Staat hineinführen sollen, nicht wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse übermitteln –, dann wird die Gemeinschaftskunde, über die so viel geredet wird, ein Fach, in dem der Jugend die Beschäftigung mit Politik vereckelt wird, anstatt dass sie ihr nahe gebracht wird. Und hier sehe ich eine ganz große Aufgabe der Politikwissenschaft“ (Fraenkel 1956, 15; Detjen 2011, 32).

2. POLITISCHE BILDUNG UND IHR VERHÄLTNIS ZUR POLITIKWISSENSCHAFT

Wichtige Vertreter der Politikwissenschaft verstanden diese also auch als politische Bildung. Das führte jedoch nicht dazu, dass die politische Bildung selbst sich vor allem an der Politikwissenschaft orientierte. Zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland gab es zwei zentrale Argumente, mit denen die Notwendigkeit der politischen Bildung begründet wurde: ein historisches und ein verfassungspolitisches Argument. In beiden standen – wie in der Politikwissenschaft auch – die Erhaltung und die Festigung des neuen demokratischen Systems im Vordergrund. Das historische Argument verwies darauf, dass politische Bildung unerlässlich sei, weil nur mit ihr einigermaßen begründet Aussicht bestehe, die freiheitlich demokratische Ordnung zu sichern und zu bewahren und der Gefahr zu entgehen, wieder in einen anderen Totalitarismus hineinzutaumeln (Sontheimer 1963, 172). Das verfassungstheoretische Argument verwies darauf, dass die Demokratie eine Bürgerin und einen Bürger voraussetze, der an der Gestaltung des öffentlichen Lebens gestaltend Anteil nehme und der daher der politischen Bildung bedürfe. Beide Argumente ließen politische Bildung als besonders dringlich erscheinen. Wenn es nicht gelinge, die Bürger der neuen demokratischen Republik zu verantwortungsbewussten, an den Geschicken der staatlichen Gemeinschaft aktiv teilnehmenden Menschen zu erziehen, dann sei die Gefahr groß, dass man die kostbare Freiheit aufs Neue verspiele und die Demokratie sich ein zweites Mal als nicht lebensfähig erweise.

Der zentrale normative Bezugspunkt der politischen Bildung der damaligen Zeit war die Demokratie, allerdings nicht in ihrer Verfassungswirklichkeit, sondern als Utopie. Demokratie bedeutete schlicht Volksherrschaft und alle Staatsbürger sollten in der Lage sein, die Probleme zu verstehen und mit zu entscheiden, denen sich der Staat gegenüber sehe. Das Missverhältnis, in das diese utopische Vorstellung zur politischen Wirklichkeit geriet, beförderte gerade bei Jugendlichen eher einen Rückzug aus der Politik als eine emotionale Akzeptanz der Demokratie. Dass das normativ überhöhte Ideal der Demokratie wenig mit der Realität der Demokratie übereinstimmte,

hatte vor allem damit etwas zu tun, dass die wichtigen Beiträge zu einer Theorie politischer Bildung – von wenigen Ausnahmen abgesehen – aus der Feder von Pädagogen stammten, die kaum in einer Beziehung zur Politikwissenschaft standen (Sontheimer 1963, 169) und die eine solche Beziehung auch nicht suchten.

Dies änderte sich erst mit dem Konzept der politischen Bildung, das Hermann Giesecke 1965 vorlegte und das zu Recht als sozialwissenschaftliche Wende der politischen Bildung bezeichnet wird. Gieseckes Konfliktdidaktik von 1965 ist in doppelter Hinsicht ein Neuanfang für die politische Bildung. Er hat einerseits die didaktische Wende von Hilligen sowie Fischer, Herrmann, Mahrenholz aufgegriffen und auf den Bereich der Politik fokussiert, und er hat zentrale sozialwissenschaftliche Befunde für die Didaktik fruchtbar gemacht. Kerstin Pohl fragt daher mit Recht,

„ob der Begriff der Fachdidaktik respektive Politikdidaktik nicht für eine Wissenschaft reserviert werden sollte, die nicht nur didaktische, sondern auch eine sozialwissenschaftliche Wende vollzogen hat? Bei einem solchen engeren Begriff von Politikdidaktik ist erst mit Hermann Gieseckes Didaktik aus der politischen Pädagogik eine echte Politikdidaktik geworden“ (Pohl 2014, 140).

Nun bedeutet die „sozialwissenschaftliche Wende“ allerdings nicht, dass ab jetzt die Politikwissenschaft und ihre Ergebnisse systematisch zur Kenntnis genommen und verarbeitet wurden. Giesecke selbst hat „aus der Politikwissenschaft vor allem diejenigen Beiträge rezipiert, die in den Fachzeitschriften zur politischen Bildung publiziert wurden“ (ebd., 138). Sehr viel intensiver hat er sich mit Autoren aus der Soziologie wie Habermas, Adorno, Mannheim oder Dahrendorf auseinandergesetzt (ebd.). Giesecke selbst nennt als Grund für seine nur sehr eklektizistische Rezeption der Politikwissenschaft deren späte Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg (zit. in Pohl 2014, 136 Anm. 159). Allerdings lagen 1965 schon wichtige politikwissenschaftliche Studien vor (Jesse/Liebold 2014, 12 ff.). Die Ursache dafür, dass die Politikwissenschaft auch jetzt keine bedeutende Rolle spielte, lag wahrscheinlich eher in einer anderen Entwicklung der Politikwissenschaft. In dem Augenblick, als die politische Bildung begann, sich

für die Politikwissenschaft zu interessieren und diese sich tatsächlich zur Leitdisziplin der politischen Bildung hätte entwickeln können, traten ihre normative Orientierung und ihr ganzheitlicher Charakter in den Hintergrund. Denn im Verlauf der sechziger Jahre führten der wachsende Bedarf an staatlicher Planung und die Übernahme der Ergebnisse und Methoden der angelsächsischen Politikwissenschaft zu einer breiten empirischen Orientierung der Disziplin (Münkler 1985, 10f.). Politikwissenschaft wurde jetzt in erster Linie als empirische Sozialwissenschaft begriffen, die Nähe zur Soziologie betont, vor allem aber wurden Methoden der empirischen Forschung eingesetzt: Im Mittelpunkt standen etwa empirische Untersuchungen, Fallstudien, die Entwicklung quantitativer Verfahren sowie Erklärungsansätze mittlerer Reichweite. Bereits vor der Studentenbewegung am Ende der sechziger Jahre hatte sich die Politikwissenschaft auch vermehrt gesellschaftskritischen Fragestellungen und Forschungsansätzen, die einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse zu folgen versuchten, geöffnet. Die mit der Studentenbewegung dann eintretende Hervorhebung marxistischer Kategorien wirkte lagerbildend und führte zumindest kurzfristig zu tiefen Konflikten und Kontroversen innerhalb der Politikwissenschaft bis hin zur Zerreißprobe. Als sich in dieser Phase die politische Bildung der Politikwissenschaft zuwandte, wurde sie umgehend in die Krise der Politikwissenschaft hineingezogen. Exemplarisch wird dies z. B. in der Rigidität deutlich, mit dem im Fach drei Theorietypen einander gegenübergestellt wurden, die sich zu „feindlichen“ Lagern verfestigten (vgl. Bleek 2001, 360 ff.). So wurde der „normativ-ontologische Ansatz“ als konservativ bzw. reaktionär gekennzeichnet, der „empirisch-analytische Ansatz“ galt als bürgerlich und systemaffirmativ und nur der „dialektisch-kritische Ansatz“ als fortschrittlich bzw. revolutionär. Dieser Streit der Politikwissenschaftler um Theorieansätze einschließlich der damit verbundenen politischen Geographie erfasste auch die Politikdidaktik und führte in beiden Disziplinen fast zu einem Kommunikationsstillstand. Erst Mitte der 1970er Jahre geriet die Politikwissenschaft und mit dem Beutelsbacher Konsens auch die Politikdidaktik in ruhigere Fahrwasser und gelangte zu einem geregelten Pluralismus unterschiedlicher Theorie- und Forschungsansätze.

Dennoch kam es auch danach nicht zu einer engeren Verknüpfung von Politikwissenschaft und Politikdidaktik oder politischer Bildung, denn die Politikwissenschaft war mittlerweile durch eine starke Ausdifferenzierung und Spezialisierung gekennzeichnet, bei gleichzeitigem Verlust an Überschaubarkeit. Wissenschaftspraktisch wurde dieser Prozess von einer Entwicklung begleitet, die dazu führte, dass das ursprünglich quantitative Gewicht der Lehrerausbildung deutlich abnahm. Im Zuge der Institutionalisierung der Politikwissenschaft an den Universitäten und bei dem Versuch sich als eigenständige Forschungs- und Lehrdisziplin zu etablieren, verstärkten sich die Versuche der Politikwissenschaft, sich vom „pädagogischen Ballast“ zu befreien. Zunehmend wurden eigenständige politikwissenschaftliche Diplomstudiengänge aufgebaut. Hinzu kam die Einrichtung von politikwissenschaftlichen Magisterstudiengängen, die ebenfalls zu einem „berufsqualifizierenden Abschluss“ führen sollten. Die Orientierung am Diplom-Politologen sowie die Orientierung an politikwissenschaftlichen Magisterstudiengängen machte von der Lehre und von den Erfordernissen möglicher Berufsfelder her eine stärkere Ausdifferenzierung des Faches und eine Spezialisierung notwendig. Die Folge war, dass die inhaltlichen Anforderungen der Politiklehrer-Ausbildung mit einer politikwissenschaftlichen Ausbildung, die zu anderen Berufsfeldern führte, nicht mehr übereinstimmte. So wurde die Lehramtsausbildung eher an den Rand der Ausbildungsleistung professioneller Politikwissenschaft gedrängt. Zum Teil geschah dies mit dem wohlwollenden Einverständnis einiger Vertreter der Politikwissenschaft selbst, bei denen die Arbeit mit den Lehramtskandidaten von jeher wenig beliebt war und die kaum Interesse für den politischen Unterricht an den Schulen zeigten (Grosser 1985, 138). Verstärkt wurde diese Tendenz allerdings auch von der schulischen politischen Bildung selbst. Weil die KMK in ihren Empfehlungen von 1950 den Ländern die Benennung des entsprechenden Unterrichtsfaches überlassen hatte, wurde das Unterrichtsfach für die politische Bildung, der Politikunterricht in den einzelnen Bundesländern, ja sogar in einzelnen Schulformen unter den verschiedensten Fachbezeichnungen geführt, was die Profilbildung des Faches nicht nur erschwerte, sondern zu völlig unterschiedlichen Profilbildungen führte. Da die schulischen

Richtlinien für den Politikunterricht sowie die Ausbildungsanforderungen für die entsprechenden Lehramtskandidaten in erster Linie von den Kultusverwaltungen bestimmt werden, hatte dies auch Rückwirkungen auf die Lehramtsausbildung. So existierte und existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Ausbildungsgängen. Die meisten sind gekennzeichnet durch eine beliebige Kombination verschiedener fachwissenschaftlicher Studienanteile: ein bisschen Politikwissenschaft, ein wenig Soziologie, Ökonomie, Recht, vielleicht auch noch Philosophie. Die Folge ist ein fachwissenschaftlicher Dilettantismus, was das Engagement der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen, insbesondere aber das der Politikwissenschaft nicht gerade gefördert hat. Der drastische Rückgang bei den Lehramtsstudierenden in den 1980er Jahren bedeutete dann nicht nur objektiv einen weitgehenden Verlust an wichtigen Ausbildungsleistungen für die Politikwissenschaft, sondern förderte auch Positionen innerhalb dieser Disziplin, die eine endgültige Abkoppelung der Politikwissenschaft von der politischen Bildung forderten (Hartwich 1987, 87).

3. POLITIKWISSENSCHAFT, POLITISCHE BILDUNG UND POLITIKDIDAKTIK HEUTE

Diese Position konnte sich zwar nicht durchsetzen, die Beziehung zwischen Politikwissenschaft und politischer Bildung sowie Politikdidaktik ist heute jedoch in unterschiedlicher Weise belastet. So führen die Expansion und die Binnendifferenzierung, die Professionalisierungs- und Spezialisierungstendenzen der Politikwissenschaft dazu, dass sich ihre Beziehung zur politischen Bildung und zur entsprechenden Lehrerbildung schwieriger gestaltet. Das exzeptionelle Wachstum der Wissenschaft hatte zunehmend eine Distanz zwischen forschender und sich in der Forschung immer mehr differenzierender Universitätswissenschaft und der Lehrerin und dem Lehrer in der Schule zur Folge (Ellwein 1985, 399). Es ist heute kaum mehr möglich, Konzeptionen der politischen Bildung auf einen gesicherten Bestand politikwissenschaftlicher Erkenntnisse zu gründen. Diesen Bestand an gemeinsamen, intersubjektiv anerkannten Erkenntnissen, Problemsichten und methodischen Zugängen mag es zwar geben, er tritt im engen Feld der Wissenschaft jedoch wenig hervor.